



Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
Herr Bundesrat
Moritz Leuenberger
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Brugg, 25. Juni 2008

Zuständig: Tamar Hosennen
Sekretariat: Nejna Gothuey
Dokument: 080625_Stellungnahme Öffnung Postmarkt.doc

Totalrevision der Postgesetzgebung: Postgesetz (PG) und Postorganisationsgesetz (POG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 18. März 2008 laden Sie uns ein, zur obengenannten Vorlage Stellung zu nehmen. Für die uns gegebene Möglichkeit und für die gewährte Fristverlängerung danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

Grundsätzliche Erwägungen

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) steht ein, für eine qualitativ hoch stehende Grundversorgung in dezentralen Regionen. Darum beurteilen wir die Vorlage vor allem aus Sicht der Grundversorgung für den ländlichen Raum im Allgemeinen und für Randregionen im Speziellen.

Laut dem Bericht des Bundesrates zum Vernehmlassungsentwurf erbringt die Post im europäischen Vergleich Spitzenleistungen. Tatsächlich basiert die postalische Versorgung auf bewährten Standards und funktioniert auch in den ländlichen Regionen. Umso mehr ist es fragwürdig eine solche Totalrevision anzustreben. Auf der Suche nach Gründen stossen wir auf zwei Argumente: der Bundesrat will die schrittweise Marktöffnung (rasch) zu ende führen und die Entwicklungen im europäischen Markt laden zur Liberalisierung ein. Dazu möchten wir festhalten, dass die schrittweise Marktöffnung zwar seit 1998 zu laufenden Verbesserungen des Postgesetzes führte, jedoch muss dies nicht zwingend zu einer vollständigen Liberalisierung führen, zusätzlich steht die Qualität der heutigen Grundversorgung auf dem Spiel. Entwicklungen der EU zu beobachten und den Anschluss nicht zu verpassen können durchaus sinnvoll sein, jedoch sind wir nicht verpflichtet Bestimmungen der EU zu übernehmen. Vor allem nicht, weil es keinen materiellen Grund für eine Marktöffnung im Gleichschritt mit der EU gibt.

Die gewünschte Qualitätssteigerung und Preissenkung durch mehr Wettbewerb kommt den ländlichen Regionen nicht zu Gute. Konkurrenz verschiedener Anbieter in diesen Regionen ist nicht absehbar. Dies zeigt auch die Studie von Plaut Economics und die Entwicklungen der Länder mit liberalisiertem Postmarkt. Wir sehen also keinen Handlungsbedarf, im Hinblick auf eine qualitativ hoch stehende Grundversorgung in ländlichen Regionen. Im Gegenteil, bezüglich der Kosten und Kostendeckung der Grundversorgung (Universaldienst) gibt es zu viele Unklarheiten, als dass wir diese Totalrevision gutheissen könnten. Verwirrung stiften die sehr unterschiedlichen Angaben zum Postnetz. Zwischen dem betriebswirtschaftlich optimalen Verteilnetz 600 posteigene und 1000

durch Dritte betriebene Poststellen (Angaben PostReg) und der heutigen Grundversorgung (basiert auf 2400 eigenen und 150 von Dritten betriebenen Poststellen) gibt es zu viel Spielraum. Weniger Interpretationsmöglichkeiten gibt es bei der Kostendeckung der Grundversorgung. Laut dem Bericht von Plaut Economics sinkt diese und kann nur durch Finanzierung Dritter (Fonds oder Bund) oder durch einschlägige Kostensenkungsmassnahmen seitens des Universaldienstanbieters (Arbeitsplatzeinsparungen, etc.) aufrechterhalten werden. Heute kann die Grundversorgung durch das Restmonopol finanziert werden. Dies ist auch in Zukunft die nachhaltigste (wirtschaftliche und soziale) Lösung.

Stellungnahme zum Fragenkatalog und den einzelnen Bestimmungen

Der SBV lehnt diese Vernehmlassungsvorlage (aus den oben genannten Gründen) ab und bittet sie die nachfolgenden Bemerkungen zu den aufgeworfenen Fragen als Eventualanträge zu betrachten.

Postgesetz

1. Sind Sie grundsätzlich mit einer weiteren Marktöffnung einverstanden?

Nein. Vergleiche dazu unsere Ausführungen im oben stehenden Punkt „Grundsätzliche Erwägungen“.

2. Sind Sie mit dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Konzept der weiteren Marktöffnungsschritte einverstanden (Geschwindigkeit und Zuständigkeit)?

Die Aufhebung des Monopols lehnen wir ab und somit auch die vom Bundesrat vorgeschlagene Marktöffnung. Sollte es trotzdem dazu kommen, müsste diese vollständige Marktöffnung gemäss Bundesrat bis 2012 vollzogen werden. Ansonsten hindern Gesetzesunsicherheiten die Investitionen.

3. Sind Sie mit dem Inhalt der Grundversorgung einverstanden?

Ja, mit der Definition der Grundversorgung sind wir einverstanden. Wir betrachten es als sehr wertvoll, dass diese aus Briefpost (PG Art. 19) und Zahlungsverkehr (PG Art. 38) besteht. Der Bundesrat nimmt im Postgesetz eine wichtige Rolle für die Ausführungsbestimmungen bezüglich der Grundversorgung ein, das unterstützen wir sehr. Insbesondere weil wir verlangen, dass der heutige postalischen Versorgungsgrad nicht schlechter wird und angemessene Preise aufrechterhalten bleiben.

4. Sind Sie mit der Steuerung der Grundversorgung einverstanden?

a. Postdienste: Bevorzugen Sie eine Ausschreibung oder einen gesetzlichen Auftrag an die Post?

Wir ziehen einen gesetzlichen Auftrag an die Post einer Ausschreibung vor. Einerseits, weil die Erfahrungen der Ausschreibungen zeigen (z.B. Telekommunikation), dass die Grundversorgung weiterhin von den ehemals staatlichen Unternehmen sichergestellt wird – diese Ausschreibung würde administrative Kosten verursachen, aber keine tatsächlichen Effekte bringen. Andererseits, betrachten wir eine gesetzliche Verpflichtung für die Sicherstellung der Grundversorgung als verbindlicher.

b. Zahlungsverkehr: Sind Sie einverstanden mit dem gesetzlichen Auftrag an die Post?

In Anbetracht der Tatsache, dass der Zahlungsverkehr hohe Sicherheitsansprüche benötigt und dies entsprechende Kostenfolgen mit sich zieht, sind wir mit einem gesetzlichen Auftrag an die Post einverstanden.

5. Sind Sie mit der Finanzierung der Grundversorgung einverstanden (Dreistufiges Konzept: Selbsttragende Preise, Fonds, staatliche Beiträge)?

Ja, wir sind einverstanden mit einem verschiedenstufigen Finanzierungskonzept, solange nicht die heutige Qualität der Grundversorgung auf dem Spiel steht. Darum scheint uns das verbleibende Restmonopol eine angebrachte Lösung.

6. Soll sich die Post Ihrer Meinung nach gemäss Szenario 1 ("Tiefes Kostenniveau der Post") oder Szenario 2 ("Hohes Kostenniveau der Post") der Studie Plaut/Frontier weiterentwickeln?

Aus dem Bericht des Bundesrates und der Studie von Plaut Economics entnehmen wir, dass eine Marktöffnung unweigerlich zu Kostensenkungsmassnahmen führt. Dies hat laut Plaut Economics zur Folge, dass die Versorgungsqualität in den Randregionen sinkt, Arbeitsplätze reduziert werden etc. Solche Auswirkungen haben einen direkten negativen Einfluss auf die Bevölkerung der ländlichen Regionen, also auch auf die Bauernfamilien. Nicht zuletzt auch, weil der erhoffte Wettbewerb durch die vollständige Marktöffnung und die damit erhoffte Qualitätssteigerung nicht bis in die ländlichen Regionen vordringt, sondern in den Städten verbleibt. Darum lehnt der SBV die vollständige Marktöffnung der Post ab.

7. Sind Sie mit dem Konzept der Marktordnung einverstanden (Meldepflicht, branchenübliche Arbeitsbedingungen, gleiche Rahmenbedingungen für alle Anbieterinnen)?

Wir sind mit der Meldepflicht und den branchenüblichen Arbeitsbedingungen einverstanden.

8. Sind Sie mit dem Vorschlag über den Zugang einverstanden oder erachten Sie einen Zugang zu den Sortier- und Zustellinfrastrukturen der Post als erwünscht?

Mit dem Vorschlag über den Zugang sind wir einverstanden, falls unser Anliegen, das Restmonopol aufrecht zu erhalten, nicht aufgenommen wird.

9. Sind Sie mit dem Aufsichtskonzept (Organisation und Kompetenzen der PostCom) einverstanden?

Grundsätzlich begrüssen wir die Postkommission (PostCom) anstelle der PostReg, da die PostCom als unabhängige Behörde agiert und keine Gesetzeskompetenzen mehr hat. Die Kompetenzen der PostCom müssten verbindlicher sein, damit die Sicherstellung der Grundversorgung besser überprüft und durchgesetzt werden kann. Der Gesetzestext PG Art. 27 Abs. 3 muss folgendermassen ergänzt werden:

Sie beobachtet und überwacht die Entwicklung des Postmarktes im Hinblick auf eine ausreichende und preiswerte Versorgung aller Landesteile und schlägt dem Bundesrat allenfalls erforderliche Massnahmen zur Sicherstellung der Grundversorgung vor.

Postorganisationsgesetz

10. Sind Sie mit der vorgesehenen Organisationsform der Post (spezialgesetzliche Aktiengesellschaft) einverstanden oder bevorzugen Sie die Umwandlung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft?

Sollte das Restmonopol entgegen unserer Haltung aufgehoben werden, so ist eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes die bessere Lösung.

11. Sind Sie mit der Unterstellung der Arbeitsverhältnisse der Post unter das Obligationenrecht einverstanden?

Ja, wir sind einverstanden die Arbeitsverhältnisse der Post dem Obligationenrecht zu unterstellen.

12. Sind Sie mit der Formulierung des Zweckartikels (Art. 3 E-POG) einverstanden (Beschränkung auf die heutigen Tätigkeiten insbesondere im Bereich Finanztätigkeit der Post)?

Konsequenterweise, falls der Postmarkt geöffnet und die Post eine Aktiengesellschaft wird, müsste sie die unternehmerische Freiheit in allen Märkten nutzen können, in denen sie tätig ist – also auch im Finanzmarkt.

Schlussbemerkungen

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen berücksichtigen werden und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Bauernverband



Hansjörg Walter
Präsident



Jacques Bourgeois
Direktor